Abend-Ausgabe

Preis 30 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Freitag, 14. Oktober 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen: Sonntags: Bilder-Chronik, Unterhaltungsblatt, Sportblatt, Kraft und Stoff, Weltverkehr, Reisen und Wandern; Dienstags: Illustriertes Sportblatt, Unterhaltungsblatt, Wirtschaft und Recht; Mittwochs: Bilder-Chronik, Sportblatt, Unterhaltungsblatt; Donnerstags: Illustriertes Sportblatt, Lehren und Lernen, Unterhaltungsblatt; Freitags: Illustrierte Moden-Chronik, Sportblatt, Unterhaltungsblatt; Sonnabends: Illustriertes Sportblatt, Frau und Welt, Unterhaltungsblatt.

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30 32; Fernspr.: Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernspr.: Nollendorf 5980-88. Postscheck: Berlin Nr. 107941.

Bezugspreis monatlich ℳ 12,—, morgens und abends frei ins Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe des Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten (Morgen- oder Abend-)Ausgabe entgegengenommen zum Preise von ℳ 2,— für die 33 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil, bzw. ℳ 6,— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den illustrierten Beilagen werden nach besonderem Tarif berechnet.

60. Jahrg. Nr. 483 B 167

Tages-Spiegel.

Gestern begann in Wien die Tagung der Völkerbundsliga. Alle europäischen Nationen sind vertreten.

*

In Fiume ist die neue Regierung mit dem Abgeordneten Zanella an der Spitze gebildet worden.

*

Gestern 10 Uhr vormittags fand in Venedig die Unterzeichnung des Schlußprotokolls über das Burgenland statt.

*

Lord Curzon empfing gestern den Besuch des deutschen Botschafters.

*

An Stelle Dusmanis wurde Oberst Exadaktylos zum griechischen Generalstabschef ernannt.

Die Bloßstellung des Völkerbundes.

sw. Genf, 13. Oktober.

Die durch die Entscheidung des Völkerbundsrates geschossene Lage wird hier sehr ernst beurteilt. Man zweifelt nicht mehr daran, daß die Meldung über die vorgeschlagene Grenze den Tatsachen entspreche. Eine Bestätigung dafür sieht man in der großen Unruhe des Völkerbundssekretariats, das über

die vorzeitige Veröffentlichung

sehr entrüstet ist, aber noch nicht dazu kam, und wohl auch nicht dazu kommen wird, diese Meldungen zu dementieren. Interessant ist auch, daß man auf französischer Seite die vorzeitige Veröffentlichung auf englische Quellen und auf bestimmte englische Absichten zurückführt, was zweifellos unrichtig ist, was aber Aufschluß gibt über die Spannung, die tatsächlich hier zwischen Franzosen und Engländern bestanden hat.

Tatsache ist es jedenfalls, daß die amtlichen Veröffentlichungen des Völkerbundssekretariats über das über das Gutachten erst in letzter4—eRDAJBG Gutachten erst in letzter Stunde beschlossen wurde, und daß man damit den Eindruck verwischen wollte, den die private Meldung hervorgerufen hatte. Man schwieg sich infolgedessen bezüglich der Grenze völlig aus und legte das Schwergewicht auf die wirtschaftliche Seite des Gutachtens. Dadurch entstand die erstaunliche Mitteilung, die das Wesentliche überhaupt nicht berührt und nur Fragen bespricht, die nur im Zusammenhang mit der Kenntnis der genauen Grenzführung verständlich wären. Allerdings hatte es das Informationsbureau des Völkerbunds nicht leicht. Es hatte das richtige Empfinden, daß der Rat nicht auseinandergehen könne, ohne sich irgendwie mit der Oeffentlichkeit auseinanderzusetzen, und so mußte er mit einer dunklen Mitteilung herauskommen, nachdem sich der Rat geweigert hatte, die von französischer Seite dringend geforderte feierliche öffentliche Sitzung abzuhalten.

In Genfer Völkerbundskreisen legt man sich nun bereits Rechenschaft darüber ab, daß der Rat einen schweren Fehler beging, als er die Einladung der Pariser Konferenz annahm und sich zur Erstattung eines Gutachtens bereit erklärte. Man fürchtet, und mit Recht, daß der Völkerbund sich unrettbar bloßgestellt hat, daß sein Name so unlösbar mit der oberschlesischen Frage verkettet sei, daß alles, was sich noch in diesem unglücklichen Lande ereignen werde der Zerfall der blühenden Industrie, die Fortdauer eines den Frieden und die Wohlfahrt zweier Völker bedrohenden Zustandes feindlicher Nachbarschaft — täglich und stündlich den Völkerbundsrat Lügen strafen wird, da die Aufgabe des Völkerbundes die Erhaltung des Friedens sein soll. Man bezweifelt, daß der Bund diese Belastungsprobe ertragen kann, und wahren Völkerbundsfreunden dämmert bereits auf, daß vielleicht die Absicht, den Völkerbund bloßzustellen, mitbestimmend war, als man ihm eine der peinlichsten Fragen des Friedensvertrages aufzwang, eine jener Fragen, die bishr nur Siegern vorbehalten sind. Schließlich begriffen die Freunde einer Erweiterung des Bundes, daß ein Beitritt Dutschlands nicht mehr anzunehmen ist.

Diese Stimmungen und Tatsachen haben größte Bedeutung, weil man sie nicht aus den Augen verlieren darf. Wenn in der nächsten Zeit

die Weltmeinung gegen Deutschland

in der oberschlesischen Frage aufgehetzt werden wird. Der Völkerbund hat ein eigenes Lebensinteresse daran, die Lösung in der oberschlesischen Frage als eine gerechte hinzustellen. Dieses Interesse teilt er mit mehreren Staaten, die ihm angehören und oft im Gegensatz zu einem Teil ihrer öffentlichen Meinung dem Bunde beigetreten sind. Die Ententepropaganda, die die deutschen Proteste zurückweisen und die Lösung als ein gerechte und für Deutschland unerhört günstige preisen wird, kann somit auf ausgedehnteste Mithilfe der Völkerbundsorganisation rechnen. Bisher erklärten einige dieser Völkerbundsmitglieder die Lösung der Saarfrage, der Danziger Frage und anderer Probleme für ungerecht, obwohl diese Probleme der Kompetenz des Völkerbundes unterstehen. In der oberschlesischen Frage liegt der Fall ernster. Hier hat sich der **Völkerbund unlöslich mit den Siegerstaaten** verkettet. Hier ist er solidarisch mit ihnen. Man möchte noch hoffen, daß alle wahren Freunde des Völkerbundgedankens und des Beitritts Deutschlands, die Völkerbundsvereine in verschiedenen Staaten und vor allem die Bundesangehörigen Neutralen dagegen protestieren, daß der Bund in der oberschlesischen Frage in den Dienst einer Mächtegruppe gestellt wird.

Eine erste Frage, die vielen hier auf den Lippen liegt, lautet: Wo ist die Völkerbundsversammlung? Sie hat sich wie eine Schar artiger Schulkinder wegschicken lassen, bevor die Großen sich zu Tisch setzten. Wird sie, kann sie es billigen, daß

der Völkerbund dauernd bloßgestellt

wird? Aus Persien kam ein kluger Mann, der erklärte, die oberschlesische Frage sei ein europäischer Skandal. Aber auch Europäer, darunter Herr Bourgeois und Lord Robert Cecil, erklärten in ihren Versammlungsreden die Lösung für eine Lebensfrage. Wo ist nun die Versammlung, wo sind die Redner? Wann werden sie zusammentreten und ihre Meinung über das Werk ihrer höchsten Instanz, des Rates, abgeben? Das Gebäude, in dem sie tagten, ist leer. Stühle, Bänke und Pulte sind fortgetragen. Erst im nächsten Jahre sollen wieder die Reden erklingen und die hehren Grundsätze verkündet werden. Kann die **Welt ein Jahr warten?**

Das Reparationsproblem.

Entschließung der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der induriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschäftigte sich am 13. Oktober mit dem Reparationsproblem. Die bei der Zentralarbeitsgemeinschaft bestehende Reparationskommission legte nachstehende Entschließung vor:

„Die ersten Leistungen des Deutschen Reiches zur Erfüllung des Londoner Ultimatums haben nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrigen Welt die schwersten und nachteiligsten Folgen gehabt. Der letzten Endes dadurch verursachte Sturz der Mark hat die Geldverhältnisse auf der ganzen Linie erschüttert. Die Weltwirtschaftskrise, die eine Folge des Unvermögens der Staaten ist, das internationale Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist dadurch noch verschärft worden. Die Wichtigkeit dieser Tatsache beginnen allmählich auch diejenigen Kreise zu erkennen, die bisher an die Allgewalt militärischer oder politischer Zwangsmaßnahmen glaubten. Durchgesetzt hat diese Erkenntnis sich jedoch noch nicht, und infolgedessen bleibt auch für Deutschland der Zwang der Erfüllung bestehen. Diese Lasten wird in Zukunft, und zwar mehr als bisher, die gesamte Wirtschaft zu tragen haben. Auch dann aber wird der Hauptteil dieser Lasten auf die Industrie entfallen.

Notwendig ist unzweifelhaft ein weitgehender Ersatz der Geldzahlungen durch Sachleistungen. Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft begrüßt in diesem Sinne das Abkommen, das jetzt mit der französischen Republik getroffen worden ist, ohne sich damit einer kritischen Stellungnahme zu den Einzelheiten diesen Abkommens begeben zu wollen. Eine solche kritische Stellungnahme wird schon aus dem Grunde erforderlich sein, weil die Goldzahlungen des Reiches damit nur zu einem sehr geringen Teil abgebürdet werden. Der Hauptteil der im Londoner Ultimatum übernommenen Verpflichtungen zu Goldzahlungen bleibt unberührt und damit auch die Notwendigkeit für Deutschland, Goldsummen bereitzustellen, die in gar keinem Verhältnisse zu seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stehen. Dies gilt auch dann, wenn es gelingen sollte, auf Grund der Haftung deutscher Sachwerte vom Ausland größere Kredite zu erlangen, und es ergibt sich somit die Frage, ob auf dem Wege der Besteuerung noch weitere Mittel aufzubringen sind. Die Voraussetzung dafür wird in jedem Falle eine weitere Leistungssteigerung der deutschen Produktion, daneben auch die Erfüllung der Forderung bilden müssen, daß die deutsche Wirtschaft die Verfügungsgewalt über ihre Produktionsmittel uneingeschränkt behält, und daß deshalb mit allen Mitteln die Gefahren einer Ueberfremdung beseitigt werden.

Angesichts der Bedeutung, welche der deutschen Ausfuhr für die Lösung des Reparationsproblems beigemessen werden muß, ist des weiteren die Forderung zu erheben, daß die wirtschaftliche Macht des deutschen Konsums dazu benutzt wird, bessere Bedingungen für die deutsche Ausfuhr zu erlangen.

Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft erklärt sich seinerseits bereit, dafür einzutreten, daß jede wirtschaftlich noch zu rechtfertigende Steuerquelle erschlossen wird, die auf steuertechnisch einwandfreiem Wege einen Ertrag verspricht, und daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer jedes Opfer auf sich nehmen wollen, das ihnen ohne einen Zwang zur Selbstvernichtung zugemutet werden kann. Die Grundlagen der Wirtschaft müssen allerdings unangetastet bleiben, und zwar in erster Linie die menschliche Arbeitskraft, nicht minder aber das volkswirtschaftliche Kapital, an dem allein sich diese Arbeitskraft betätigen kann.

Der Zentralvorstand hat dieser Entschließung einstimmig zugestimmt. Die Verhandlungen des Zentralvorstandes waren getragen von der Sorge um das Schicksal Oberschlesiens. Uebereinstimmend wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine für Deutschland ungünstige Entscheidung eine so schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft bedeuten würde, daß der Zentralvorstand sich damit vor eine völlig neue Sachlage gestellt sehen würde.

Die Verhaftung Dr. Stadler.

Die in der heutigen Morgenausgabe gemeldete Verhaftung des Herausgebers der Wochenschrift „Gewissen", Dr. Eduard Stadtler, hat begreiflicherweise das größte Aufsehen hervorgerufen. Da über den Grund der Verhaftung authentische Meldungen nicht gegeben wurden, werden in den Blättern allerlei Vermutungen darüber geäußert. So wird behauptet, daß die Verhaftung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August erfolgt sei. Diese Behauptung ist schon deshalb unzutreffend, weil diese Verordnung keine Verhaftung vorsieht und sich nur gegen bestimmte Vergehen der Presse richtet. Auch trifft es nicht zu, daß Stadtler verhaftet worden ist wegen seiner Behauptung, daß der Kanzler selbst die Mitteilungen über die geplante Industrieaktion zur Veröffentlichung gegeben habe.

Die Verhaftung ist vielmehr erfolgt wegen eines gemeinen, mit schweren Strafen bedrohten Verbrechens. Er wird beschuldigt, sich gegen den § 92 des Strafgesetzbuches (Diplomatischer Landesverrat) vergangen zu haben, der lautet:

Wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse oder Festungspläne oder solche Urkunden, Aktenstücke oder Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich ist, dieser Regierung mitteilt oder öffentlich bekannt macht, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.

Es ist anzunehmen, daß die Verhaftung auch im Zusammenhang steht mit dem von Dr. Stadler am Mittwoch in der „Täglichen Rundschau" veröffentlichten Artikel, in dem er scharfe Angriffe gegen den Reichskanzler Dr. Wirth richtete und ihm vorwarf, daß er sich nach außen hin den Anschein eines Pazifisten gebe, während er hinter den Kulissen andere Tendenzen verfolge.

Es wird ausdrücklich betont, daß eine preßgesetzliche Verfolgung hierbei nicht in Frage steht, daß es sich um ein gewöhnliches, gemeines Verbrechen handelt, daß die zuständigen Stellen, Reichsjustizministerium und die ihm untergeordneten Organe, Staatsanwaltschaft und Gerichte, zurzeit mit der Prüfung des Falles beschäftigt sind und daß, solange das Verfahren schwebt, nähere Mitteilungen darüber nicht gemacht werden können.

Wie wir erfahren, ist ein Vertreter der Reichsanwaltschaft aus Leipzig heute nach Berlin berufen worden, um die Voruntersuchung gegen Dr. Stadtler zu führen. Noch im Laufe des heutigen Tages solle eine eingehende Vernehmung Dr. Stadtlers erfolgen. Die Bureauräume wurden heute im Laufe des Vormittags wieder freigegeben. Dr. Stadtler selbst dagegen wurde in Haft behalten.

Vor der Entscheidung über Oberschlesien.

Baldige Veröffentlichung des Spruchs.

London, 14. Oktober. (W. T. B.)

„Morning Post" berichtet, daß der Wortlaut des Vorschlags des Völkerbundsrates zur Lösung der oberschlesischen Frage gestern vormittag in London eingetroffen sei. Der Text müsse vor seiner Veröffentlichung dem Obersten Rat der Alliierten unterbreitet werden. In Anbetracht dessen, daß sich der Oberste Rat jedoch verpflichtet habe, den Vorschlag des Völkerbundes anzunehmen, werde die Veröffentlichung bald erfolgen.

Das weitere Verfahren.

Havasmeldung.

Paris, 13. Oktober.

Nach erfolgter Prüfung des amtlichen Textes des Gutachtens des Völkerbundsrates werden die alliierten Mächte ihre Ansicht über das zu befolgende Verfahren mitteilen. Die englische Regierung hat tatsächlich den Wunsch geäußert, festzustellen, ob die Anempfehlung des Völkerbundsrates dem Versailler Vertrage entspreche, bevor sie bestätigt wird.

Havas bemerkt hierzu, in dieser Beziehung scheine es kaum einen Zweifel zu geben. Das Gutachten des Völkerbundsrates enthalte zwei von einander getrennte und unabhängige Teile. Der erste Teil enthalte die Festlegung der Grenze zwischen Polen und Deutschland in Oberschlesien. In dieser Beziehung ergäben sich keine Schwierigkeiten. Die Vertreter der Alliierten hätten nur die vom Völkerbundsrat vorgeschlagene Grenze anzunehmen. Abgesehen von der Grenzlinie enthalte das Gutachten aber noch Pläne, betreffend wirtschaftliche Fragen, deren Annahme vom Völkerbundsrat als wünschenswert zur Vervollständigung der Grenzlinie erachtet wird.

Havas fährt fort, während der Vertrag den Alliierten die Pflicht auferlege, die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien festzusetzen, sehe er keinerlei Beschränkung bezüglich der politischen Souveränität der beiden Staaten nach der Grenzfestsetzung vor. So wünschenswert auch ein vorläufiges Wirtschaftsregime, wie es vom Völkerbundsrat empfohlen werde, erscheine, könne es doch nicht gesetzmäßig den beiden beteiligten Parteien auferlegt werden.

Man werde sich also darauf beschränken, den Polen und den Deutschen zu raten, sich miteinander zu verständigen, um die Ausbeutung des Industriegebietes zu sichern. Bezüglich der Grenze werde von den Alliierten also eine endgültige Entscheidung getroffen werden, bezüglich des vorläufigen Wirtschaftsregimes aber nur eine Empfehlung erfolgen.

Englands Wunsch nach Ueberprüfung.

Paris, 14. Oktober. (W. T. B.) Nach St. Brice hat die englische Regierung den Wunsch, die Uebereinstimmung der wirtschaftlichen Empfehlungen mit dem Vertrag von Versailles nachzuprüfen, in einer Note ausgedrückt, die gestern am Quai d'Orsay überreicht worden ist.

„Petit Parisien" sagt, es sei wahrscheinlich, daß Balfour, der gestern nach London zurückkehrte, die letzten Skrupel der englischen Regierung verscheuchen werde. Es scheine, daß einzelne in London sich gefragt hätten, ob der Völkerbundsrat nicht sein Mandat dadurch überschritten habe, daß er wirtschaftliche Empfehlungen der Entscheidung über die oberschlesische Grenzlinie hinzugefügt hätte. Balfour werde jedenfalls leicht beweisen können, daß der Völkerbundsrat diese beiden Punkte sorgfältig geprüft habe, um seine Befugnisse nicht zu überschreiten.

Keine Konferenz des Obersten Rates?

Meldung der Agence Havas.

Paris, 13. Oktober.

Die Agence Havas berichtet, es habe nicht den Anschein, daß eine Konferenz des Obersten Rates nötig sein werde, um den Vorschlag des Völkerbundsrates zu bekräftigen. Das sei zum wenigsten die Ansicht, die in Paris vorherrsche, und sie scheine auch in London geteilt zu werden. Somit würde wahrscheinlich dem Botschafterrat die Aufgabe zufallen, die Entscheidung der Alliierten Warschau und Berlin mitzuteilen, was zweifellos zu Beginn der nächsten Woche erfolgen werde. Vorher würde die Interalliierte Kommission inoffiziell verständigt werden, die alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen haben werde. Binnen eines Monats nach der Ratifizierung der Entscheidung würden die polnische und die deutsche Regierung für die Verwaltung ihrer Gebiete zu sorgen haben. Die Aufgabe der Interalliierten Kommission werde sofort nach der Zurückführung der französischen Truppen ihr Ende finden.

Weitere Proteste gegen Genf.

Königshütte, 13. Oktober. (W. T. B.)

Die Sozialdemokratische Partei hat gemeinsam mit den freien Gewerkschaften folgendes Telegramm an die Ministerpräsidenten in Paris, London und Rom gerichtet:

Die in der Sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften von Königshütte in Stärke von 15 000 Mann organisierte Arbeiterschaft protestiert gegen eine Zuteilung von Königshütte an Polen und verlangt unter allen Umständen ein Verbleiben beim Deutschen Reiche.

Breslau, 13. Oktober. (W. T. B.) In der heutigen Stadtverordnetenversammlung lag ein Dringlichkeitsantrag Dr. Wohlauer (Demokrat), betreffend Oberschlesien, vor, dem sich alle Parteien angeschlossen hatten.

Er legt in letzter Stunde schärfste und nachdrücklichste Verwahrung gegen die beabsichtigte Teilung Oberschlesiens ein, die den Friedensvertrag verletze, das Abstimmungsergebnis mißachte, Treu und Glauben hohnspreche und Breslaus wirtschaftliches Gedeihen an der Wurzel treffe. Nachdem Oberbürgermeister Dr. Wagner in zündender Ansprache namens des Magistrats die Zustimmung zum Antrage ausgesprochen hatte, traten ihm die Vertreter sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten bei.

Noch über den Friedensvertrag!

London, 14. Oktober. (W. T. B.) **Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" schreibt, es sei klar, daß einige der Bestimmungen betreffend Oberschlesien über den Vertrag von Versailles hinausgingen, und es werde notwendig sein, daß sowohl Deutschland als auch Polen ihnen zustimmten. Wenn eines der beiden Länder sich weigern sollte, dies zu tun, so werde sich der Oberste Rat vielleicht gezwungen sehen, die territoriale Entscheidung zugunsten des anderen Landes abzuändern.**

London, 13. Oktober. (W. T. B.) Lord Curzon empfing heute nachmittag den deutschen und den italienischen Botschafter.

Französische Logik.

London, 14. Oktober. (W. T. B.) „Times" berichten aus Paris, der Urteilsspruch des Völkerbundes sei im allgemeinen in Frankreich gut aufgenommen worden. Dem Durchschnittsfranzosen sei die Tatsache, daß Berlin über die Entscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage enttäuscht sei, an sich schon eine Empfehlung für die Weisheit der Völkerbundsentscheidung.

Einschränkung des Zugverkehrs.

Paris, 14. Oktober. Laut „New York Herald" wird nach Bekanntgabe der Grenzfestsetzung in Oberschlesien wahrscheinlich für mehrere Tage der dortige Zugverkehr eingeschränkt werden.

Amerika und die alliierten Schulden.

Washington, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In der Finanzkommission des Abgeordnetenhauses hat man jetzt einen Entwurf ausgearbeitet, der die Rückzahlung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten regelt. England gibt jedoch seine Forderungen noch nicht auf, obwohl es sie als gefährdet betrachtet und deshalb den früheren Finanzminister Mc. Kenna in einer besonderen Mission schleunigst nach Washington entsandte.

Der Staatssekretär Mellone teilte E. E. zufolge mit, daß die Rückzahlung der auswärtigen Anleihen durch Ausgabe langfristiger 5prozentiger Schuldverschreibungen erfolgen solle.

P. London, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) „Times" melden aus New-York: Die Finanzkommission des Repräsentantenhauses, die den Regierungsvorschlag zur Regelung der ausländischen Schulden besprach, verwarf den Antrag der Regierung, der dahin geht, den Finanzminister zur Führung von Verhandlungen mit den in Frage kommenden ausländischen Staaten zu ermächtigen. Die Kommission erklärte sich aber damit einverstanden, diese Frage einem Ausschuß von vier Mitgliedern mit dem Finanzminister als Vorsitzenden zu übertragen.

Begleiter Briands für Washington.

Paris, 13. Oktober. (W. T. B.) Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß den Ministerpräsidenten Briand als Delegierten zur Washingtoner Konferenz begleiten werden der ehemalige Ministerpräsident Viviani, der Kolonialminister Sarraut und der französische Botschafter in den Vereinigten Staaten Jusserand.

Aus Washington wird uns gemeldet:

Aus den Beziehungen der verschiedenen Staaten untereinander, die sich jetzt hier entwickeln, ist festzustellen, daß sich eine Gruppe aus Frankreich, Belgien und China bilden wird, die in den meisten Fällen sehr eng mit den Interessen der Vereinigten Staaten verknüpft ist. Auf der anderen Seite stehen England und Japan, wobei die englischen Interessen sich zum Teil auch wieder mit denen der Vereinigten Staaten decken. In verschiedenen Punkten des Programms werden England und Japan außerdem auch die Unterstützung Hollands und Belgiens finden.

Paris, 14. Oktober. (W. T. B.) Briands Abreise nach Amerika ist auf den 29. festgesetzt.

Der Gendarm ist überflüssig.

Paris, 14. Oktober. (W. T. B.) Gustave Tery schreibt im „Oeuvre", es verstehe sich nach der Aufhebung der wirtschaftlichen „Sanktionen" von selbst, daß auch die militärischen „Sanktionen" aufgehoben werden müßten, denn die Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg habe nur den Zweck gehabt, den Zollring aufrechtzuerhalten. Die Gendarmerie habe den Zollbeamten unterstützt. Nachdem der Zollbeamte fort sei, sei der Gendarm überflüssig.

Hände weg von Rußland!

London, 14. Oktober. (W. T. B.) „Times" schreiben in einem Leitartikel unter Bezugnahme auf Erklärungen des Handelsministers Sir Robert Hornes, daß das Handelsabkommen mit Rußland ein Mißerfolg sei, und unter Bezugnahme auf die Erfahrungen des Präsidenten der Russisch-Asiatischen Gesellschaft bei seiner jüngsten Reise in Rußland, es sei an der Zeit, daß England von einer Verbindung befreit werde, die weder England noch Rußland zum Vorteil gereiche, sondern zur Fortdauer der Tyrannei in Rußland beitrage.

Der Reichspräsident an Lerchenfeld.

Der Reichspräsident hat dem Grafen von Lerchenfeld auf dessen von uns bereits gemeldeten Telegramm geantwortet:

Ich danke Ihnen herzlichst für die gestrige telegraphische Mitteilung Ihrer Eindrücke bei der Pfalzreise. Die von der pfälzischen Bevölkerung trotz schweren Druckes festgehaltene Gesinnung treudeutschen Zusammenhaltens mit dem übrigen Reich ist eine sichere Gewähr für die Zukunft und wird in ganz Deutschland freudig begrüßt. Daß das von allen Kreisen des deutschen Volkes so lebhaft unterstützte Hilfswerk für Oppau den Opfern der Katastrophe schnelle Hilfe bringen konnte, erfüllt mich mit lebhafte Befriedigung. Hoffentlich gelingt es der Arbeit des bayerischen Staatskommissars und den übrigen Beteiligten von allen den vielen Betroffenen und Geschädigten jede Not fernzuhalten.

Dr. Gürtlers Finanzprogramm.

Eigene Drahtmeldung.

Kbg. Wien, 13. Oktober.

Der neue Finanzminister Dr. Gürtler hat heute im Nationalrat sein von der Oeffentlichkeit mit größter Spannung erwartetes Finanzprogramm dargelegt. Zwangsmaßnahmen sollen unterbleiben. Das Programm bringt jedoch auch keine neue Rettung versprechende Idee.

Der Minister hob mit besonderem Nachdruck hervor, daß das österreichische Staatsvermögen seinen Schuldenstand überstiegen und die finanzielle Lage zwar ernst, aber nicht verzweifelt sei. Vor allem will er nun eine weitgehende Steuerreform durchführen und einen billigeren Verwaltungsapparat durch Abbau der Beamten herstellen. Alle Steuerzahler haben bis 15. November auf ihre letzte Steuererklärung einen 100prozentigen Aufschlag zu entrichten.

Das Haus billigte in allen drei Lesungen die neuen Gesetzesvorlagen über die Steuervoreinzahlung und über die Steuereinhebung.

Die Anglo-österreichische Bank beruft eine Generalversammlung ein zur Festlegung der Uebernahmebestimmungen anläßlich der Sitzverlegung nach London.

Die englisch-irische Konferenz.

London, 13. Oktober. (Uib. Tel.)

In der ersten Sitzung der englisch-irischen Konferenz wurde eine gemischte Kommission ernannt, die die Verletzung des irischen Waffenstillstands und die Frage der politischen Gefangenen behandeln soll. Von englischer Seite wurden in diese Kommission entsandt: Greenwood, Churchill und General Ready, von irischer Seite Collins, Barton und Duggan. Der heutigen Sitzung wohnte auch der inzwischen wiederhergestellte Austin Chamberlain bei. Der Optimismus über den Verlauf der Konferenz hat sich in irischen Kreisen noch verstärkt und der allgemeine Eindruck ist, daß ein großer Fortschritt erzielt wurde.

Im Gegensatz hierzu besagt eine eigene Meldung aus London:

Auf der irischen Konferenz ist bereits eine erste Krise eingetreten. Sie hat ihre Ursache in einer Frage Lloyd Georges, die dieser in der heutigen Nachmittagssitzung den irischen Vertretern vorlegte. Der Ministerpräsident verlangte Aufschluß darüber, ob die Sinnfeiner bereit seien, die Verhandlungen auf der Basis fortzusetzen, daß alle Irländer Angehörige des britischen Reiches bleiben.

Die Unterzeichnung in Venedig.

Wien, 13. Oktober.

Das Telegr. Corr. Bur. meldet aus Venedig: Heute um 10 Uhr vormittags fand die Unterzeichnung des Schlußprotokolls statt, das die Ergebnisse der Besprechung enthält. Auf Grund dieser Besprechung, die den Versuch darstellt, dem österreichischen wie dem ungarischen Standpunkt Rechnung zu tragen, vor allem aber die Befreiung des Burgenlandes von den jetzt dort herrschenden Banden zu bewirken, sowie die ruhige Besetzung des Landes zu gewährleisten, wird die österreichische Regierung dem Ausschuß für Außeres und dem Nationalrat Bericht erstatten.

Der italienische Außenminister della Torretta schloß die Verhandlungen, indem er beiden Regierungen für ihreBereitwilligkeit, zu einer Lösung der Streitfrage beizutragen, dankte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß diese Besprechung die Grundlage für eine dauernde Freundschaft der beiden Nachbarstaaten bilden möge. Die Führer der beiden Delegationen dankten della Torretta für seine Initiative und das hohe Interesse, daß er dieser Frage entgegengebracht habe. — Die österreichische Delegation ist um 12 Uhr mittags abgereist.

Rp. Rom, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das gestern unterzeichnete Abkommen von Venedig wird von der Presse mit der größten Befriedigung begrüßt, als ein Erfolg der italienischen Politik, der Italiens Prestige erhöht, sein Recht, in mitteleuropäischen Fragen mitzureden, entscheidend bestätigt und die Gefahr eines Eingreifens der slawischen Staaten beseitigt.

Umsturzgefahr in der Slowakei.

Prag, 13. Oktober. (W. T. B.) Nach einer Meldung des Tschechoslowakischen Pressebureaus hat die Polizeidirektion in Kaschau festgestellt, daß sich in der Slowakei eine geheime Horthyorganisation gebildet hat, die in enger Verbindung mit magyarischen Faktoren steht und beabsichtigte, in der nächsten Zeit einen gewaltsamen Umsturz in der gesamten Slowakei herbeizuführen. Ein Schriftstück, das durch Haussuchung der Polizei in die Hände fiel, ermöglichte es den Sicherheitsbehörden einzuschreiten, um alle Versuche zur Untergrabung der Sicherheit des Staates im Keime zu ersticken. Im Zusammenhang mit dieser Hochverratsaffäre wurde bereits eine ganze Anzahl Personen verhaftet.

Bedenkliche Demonstrationen in London.

I. N. S. London, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zum Schutze der Regierungsgebäude ist ein starkes Polizeiaufgebot zu sofortigem Aufbruch bereitgestellt worden. Heute nachmittag begab sich der Chef des Polizeiwesens Horwood nach Downing Street und unterrichtete den Premierminister, daß Tausende von Arbeitslosen auf dem Wege nach dem Regierungsviertel seien und eine Audienz verlangten. Unter den Demonstranten befinden sich viele Kommunisten, die die Menge zu lärmenden Kundgebungen veranlaßten.

Das Auftreten des englischen Tschekavertreters McLean bei den letzten Arbeitslosenkundgebungen in London zeigte bereits, wer ein Interesse daran hat, mit Hilfe der Arbeitslosen in England Verwirrung hervorzurufen. Die neuerliche Beteiligung der Kommunisten läßt wiederum die Arbeit der bolschewistischen Drahtzieher erkennen.

Kein Vormarsch auf Peking.

Peking, 14. Oktober. (E. P.) Die Nachrichten aus Kanton, die von einer amerikanischen Agentur aufgenommen waren, wonach eine Kriegserklärung der Südchinesen unter Sunyatsen und der Vormarsch von 140 000 Mann gegen Peking erfolgt sei, werden offiziell dementiert. (Vergl. die Meldung im Abendblatt vom Donnerstag. — D. Red.)

Was soll geschehen?

Es wird doch niemand unter uns Hoffnungen setzen auf die vagen Pariser Zeitungsmeldungen, wonach zwischen England und Frankreich wegen der Entscheidung des Völkerbundrates über Oberschlesien Differenzen bestehen? Es wird doch niemand glauben, daß der Oberste Rat, der am Montag zusammentreten soll, um die Entscheidung des Völkerbundrates zu erörtern, diese Entscheidung zu unseren Gunsten einer wesentlichen Revision unterziehen oder gar sie kassieren könnte? Es wird doch niemand damit rechnen, daß Lloyd George zu seinem Wort von dem fair play stehen werde, das mit Oberschlesien gespielt werden müsse? Wohl vergewaltigt die Entscheidung von Genf den Geist und den Sinn der Versailler Bestimmungen über Oberschlesien, wohl schlägt diese Entscheidung, die das oberschlesische Gebiet zerreißt, um zugleich darzutun, daß es eine untrennbare wirtschaftliche Einheit ist, dem Recht und der Vernunft so grob ins Gesicht, daß sich alles in uns aufbäumt bei dem Gedanken, als könnte durch eine solche Entscheidung das Schicksal einer blühenden Industrieprovinz, das Schicksal einer nach vielen Hunderttausenden zählenden werktätigen Bevölkerung, das Schicksal des ganzen deutschen Volkes bestimmt werden, und es ist nur allzu verständlich, daß es uns schier unmöglich ist, als Tatsache hinzunehmen, was doch schon längst Tatsache ist. Aber es hilft nichts: der Tatsache muß ins Gesicht schauen, seine letzte Hoffnung muß fahren lassen, wer nicht will, daß zu allen bitteren Enttäuschungen, die er bereits erlebt hat, neue noch schwerere Enttäuschungen kommen!

Wir freilich sind nicht enttäuscht! Wir wußten längst, daß Recht und Vernunft in der Welt des Wahnwitzes, wie sie durch den sogenannten Frieden von Versailles geschaffen worden ist, keinen Pfifferling mehr gelten, und wir wundern uns auch nicht, wenn wir am Ende auch die Scham zu den Hunden fliehen sehen. Wir haben an dieser Stelle wieder und immer wieder gesagt, daß der Vertrag von Versailles selbst, daß das Abkommen von Spaa, daß die Pariser Sanktionen, daß das Londoner Ultimatum und daß alle die anderen Beschlüsse, die auf der Grundlage des Versailler Friedens von den Siegerstaaten gegen unser unglückliches Vaterland gefaßt worden sind, von vornherein auf ihre Unerfüllbarkeit angelegt waren. Sie sollten nicht erfüllbar sein, weil man Ursach' gegen uns haben will! Das Saarrevier, das linke Rheinufer will man uns entreißen, das Ruhrgebiet will man uns rauben, wie man uns jetzt das oberschlesische Industriegebiet zu rauben sich anschickt. Man zwingt uns mit vorgehaltenem Revolver, Scheine zu unterschreiben, die uns zur Zahlung von unvorstellbaren Milliardensummen verpflichten, und zugleich treibt man uns dem Bankerott in die Fänge: gestern kostete der Dollar mehr als hundertundvierzig, das englische Pfund gegen fünfhundertundfünfzig Mark. Und mit dieser nahezu wertlos gemachten Mark sollen wir die anderthalbhundert Milliarden bezahlen, die man aus uns herausquetschen will! In demselben Augenblick fast, in dem wir uns durch das vielgerühmte Wiesbadener Abkommen verpflichtet haben, an Frankreich Sachwerte im Betrage von vielen, vielen Milliarden zu liefern, nimmt man uns einen großen Teil der Quellen, aus denen wir die Rohstoffe zur Herstellung jener Sachwerte beziehen.

Ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode! Es ist Frankreichs Methode, Deutschland zugrunde zu richten, dieses Deutschland, das die Franzosen hassen und das sie fürchten, auch nachdem sie ihm seine Waffen fast bis aufs Taschenmesser genommen haben. Dieses Deutschland soll vernichtet werden! So will es Frankreich, und die anderen Siegerstaaten haben nicht den Mut, den Vernichtungswillen Frankreichs zu hemmen. Nicht den Mut, freilich auch nicht die Kraft, wie es scheint; denn hätten sie die Kraft, so könnten sie doch nimmermehr ruhig zusehen, wie durch die Vernichtung der deutschen Wirtschaft auch ihre eigene Wirtschaft, und am Ende die ganze Weltwirtschaft, dem Ruin entgegengeführt wird.

Nun, aber einstweilen lebt das deutsche Volk noch, und es ist für uns der einzige Lichtblick in dieser tiefen Finsternis, zu sehen, wie zäh der Lebenswille unseres Volkes ist. Es will weiterleben, es muß weiterleben; es will und es muß einen Ausweg suchen aus dem Abgrund, in den es durch ein tragisches Geschick hineingeschleudert worden ist. Wer hilft ihn suchen, diesen Ausweg? Zunächst sind die Männer dazu verpflichtet, die durch das Vertrauen der Mehrheit unserer Volksvertretung in die Regierung berufen worden sind. In einer einmütigen Entschließung hat die Regierung erklärt, daß, falls die Entscheidung von Genf so fällt, wie befürchtet werden muß, „eine neue Lage geschaffen ist, welche die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen sie die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat". Das ist ohne Zweifel richtig, fragt sich nur, was geschehen soll. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt, im Volk aber wird man sich inzwischen den Kopf darüber zerbrechen, was denn eigentlich werden wird, wenn die Regierung wirklich zurücktritt. Eine Regierung der Rechten ist unmöglich, eine Regierung der Linken auch. Unmöglich auch, zu denken, daß das klägliche Ergebnis dieser neuesten und schwersten Krise unseres Volkes eine Minderheitsregierung sein soll, durch deren Entstehung bewiesen werden würde, daß das deutsche Volk nicht mehr fähig ist, ein Volk von Brüdern zu sein, alle Kräfte zu sammeln zur Abwehr der schweren Gefahren, die ihm drohen. War es schon längst eine unabweisbare Notwendigkeit, daß alle Kräfte sich in der Regierung zusammenfinden, die ernstlich gewillt sind, am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten, so liegt diese Notwendigkeit jetzt erst recht vor, und es darf keine andere Regierung geben, als die einer auf möglichst breiter Grundlage vereinigten Koalition. Ob diese Regierung Wirth oder anders heißt, das ist am Ende nicht von ausschlaggebender Bedeutung, wenn auch wohl zu sagen ist, daß es nicht eben den Gipfel sublimer Regierungsweisheit, nicht ein leuchtendes Beispiel staatsmännischer Kraft bedeuten würde, falls die gegenwärtige Regierung das Regierungsgeschäft andern überlassen würde, nachdem nun eingetreten ist, was sie selbst, wie